

Die Beisetzungsfeier in Bieberach.

Bieberach, 31. August. Die Leiche des ermordeten Staatsministers a. D. Erzberger traf gestern abend, von einer Ehrenwache Bieberacher Bürger begleitet, hier ein. Sie wurde in dem Chor der Stadtkirche aufgebahrt. Eine Ehrenwache hielt die ganze Nacht Wache am Sarge. Seine Leiche wurde eine Messe für den Verstorbenen gelesen. In einem Sonderzuge war der Reichskanzler, die Minister und Abgeordneten aus Berlin und Stuttgart eingetroffen. Unter den Vertretern der Reichsregierung befanden sich u. a. Staatssekretär der Reichskasse Kemmer, Reichstagspräsident Voche und andere Herren in großer Zahl. Kaplan Vogt, ein persönlicher Freund Erzbergers, geleitete das feierliche Geleit. Das Gotteshaus war überfüllt.

Der Zug mit der Leiche Erzbergers setzte sich von der Stadtkirche um 1 Uhr in Bewegung. Voraus gingen zahlreiche Vereine mit Musikkapellen und Fahnen. Hinter dem Sarge folgten die Geistlichen mit dem Weihbischof Dr. Zyrill, Frau Erzberger mit den beiden Kindern des Verstorbenen und den sonstigen Angehörigen, der Reichskanzler mit den Mitgliedern der Reichsregierung, der Reichstagspräsident, die Vertreter der württembergischen und bayerischen Regierung, die Abgeordneten weiterer Vereine und eine nach Tausenden zählende Menge. Um 1.30 Uhr wurde der Sarg in die Gruft gesetzt. Nach einem Gesänge des Kirchenchors hielt Stadtpfarrer Schweitzer die Trauerrede. Nach der auf der ersten Seite wiedergegebenen Rede des Reichskanzlers legte Präsi- dent Voche im Namen des deutschen Reichstages einen Kranz auf den Sarg nieder. Für die gesamte deutsche Zentrumspartei sprach Abg. Becker-Arnshagen. Er sagte: Erzberger war ein Mann von großem Willen und Willens. Er war der Einzige, der sich nicht an ihm zu zweifeln begannen, wenn auch verschiedenen nicht mit ihm einverstanden waren, im Laufe der letzten Jahre seiner politischen Wirksamkeit. Aber auch jene anderen haben es anerkannt, daß an der Lauterkeit seines Charakters nicht zu zweifeln war. Weiter sprach noch Oberregierungsrat Venerle in Namen der württembergischen Zentrumspartei, Justizminister Holz für die Zentrumspartei des württembergischen Landes, Stadtschultheiß Doll aus Bieberach, Mon. Vogt, Bieberach, Dr. Schöner aus Freiburg, Ministerialrat Dr. Baugh vom Reichsfinanzministerium und andere, darunter auch Namens der U. S. P. D. Reichstagsabgeordneter Ged. Offenburger. Ein Volksgenosse und der übliche Kranzträger beendete die Feier an dem mit zahllosen Kranzen bedeckten Sarge Erzbergers. Reichskanzler Dr. Wirth ist nachmittags 3 Uhr nach Badoltszell weitergereist. (W. Z. B.)

Eine Sühnetafel für Erzberger.

Bieberach, 31. August. Die württembergische und die bayerische Zentrumspartei erließen folgenden Aufruf zur Errichtung einer Sühnetafel für Erzberger. Er lautet: Bestimmungsgemäßen! Der Vater kommen Bitte folgend, hat das Zentrum von Württemberg und Baden beschloffen, an der Stelle, wo unser Erzberger sein Blut für unsere Ideale vergossen hat, eine schlichte Sühnetafel zu erbauen und bei der Tanne, unter deren Ästen er sein Leben ausbaute, ein Märtyrerkreuz zu errichten. Alljährlich am 31. August soll ein Schauer vor der Tafel gehalten werden. Das Grabdenkmal in Bieberach soll unsere Stütze sein. Wir bitten unsere Freunde und Angehörigen, den Bauherrn zu stiften. Geldpenden sind an Direktor Kap. Vogt in Bieberach einzuzahlen, Postfachkonto Stuttgart 8741. (W. Z. B.)

Die Berliner Demonstration.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 31. August. Die heutige sozialdemokratische Kundgebung anlässlich der Beerdigung Erzbergers ist, soweit sie überhinaus geht, trotz ihres gewaltigen Umfangs, ohne ernsthafte Zwischenfälle verlaufen. Die Menge, die sich im Lustgarten, in der Schlossfreiheit und auf dem Schlossplatz ansammelte, war sehr unübersichtlich. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 200.000 geschätzt. Die Teilnehmer kamen in langen Reihen mit roten und schwarz-rot-gelben Fahnen und Plakaten heran. Ein und wieder wurden während des Umzuges durch die Straßen Schreie auf die Republik und die Internationale ausgebracht und „Nieder mit der Reaktion!“, „Nieder mit den Deutschnationalen und mit der deutschnationalen Wörberbande!“ (1) gerufen. Eine Anzahl der Jünger führte Musikinstrumente mit. Im Lustgarten versammelten sich die SPD-Vertreter, in der Hauptallee vor dem Alten Museum, wo der frühere preussische Ministerpräsident Braun und Erwin Barth sprachen, während die Unabhängigen vor dem Dome Aufstellung nahmen, wo Crispian und Dittmann von der Freitreppe herab redeten. Die Kommunisten sammelten sich zum größten Teile vor dem Eingange zum Schloss an, wo von einem der Postamente Adolf Hoffmann sprach. Das Denkmal Kaiser Wilhelm III. war von mehreren jungen Bürgern erklert worden. Einer hatte Plak auf dem Helm des alten Kaisers annehmen, von wo er eine rote Fahne wehen ließ. Andere hielten das Werd befestigt. Auch die Statue Friedrich

fernen seien. Das im Kreistag überlegende Zentrum lehnte jedoch die Debatte über diesen Punkt ab. Die Abstimmung ergab schließlich eine Mehrheit für die Beibehaltung der Kaiserbilder. Dieser Beschluß veranlaßte die Linke, den Saal zu verlassen. Der sozialdemokratische Redner erklärte, daß er die noch zur Beratung stehenden Anträge seiner Fraktion infolge dieses Beschlusses zurückziehe, da ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem reaktionären Kreistag unmöglich (1) sei.

Generalfeldmarschall von Bülow †.

Berlin, 31. August. Generalfeldmarschall Karl v. Bülow, der im Kriege Führer der 2. Armee war, ist heute früh in seiner Berliner Wohnung gestorben.

Der Verlebene wurde am 24. März 1846 in Berlin geboren, trat 1865 als Fahnenjunker in das 2. Garde-Regiment zu Fuß ein, machte den Krieg gegen Oesterreich als Postregimentsführer und Lehmann mit. 1870/71 war er Regimentsadjutant im 2. preussischen Gardebataillon und wurde zum Major ernannt. Er nahm an den Belagerungen von Straßburg und Paris teil. 1877 wurde er Hauptmann im Großen Generalstab, 1884 Kompaniechef, 1885 im Range eines Majors, kam er erneut zum Großen Generalstab und avancierte 1890 zum Chef des Generalstabs des Gardekorps, in welcher Stellung er 1890 zum Oberstleutnant, 1893 zum Oberst befördert wurde. 1897 erhielt er eine Veriegung als Departementsdirektor ins Kriegsministerium und wurde kurze Zeit darauf Generalmajor; 1901 wurde er Divisionskommandeur, 1902 Generalquartiermeister. 1904 wurde er zum General der Infanterie befördert, als welcher er bis zum Weltkrieg das III. Armeekorps — Charlottenburg — führte. Im Kriege war er ein bekannter und verdienstvoller Offizier, der sich besonders im Jahre 1914 anlässlich des Vormarsches im Westen hervortat.

Der Deutschnationale Parteitag.

München, 31. August. Der Deutschnationale Parteitag ist gestern durch eine Tagung der deutschnationalen Frauen eingeleitet worden. Die Abgeordnete Paula Müller-Dittfried erbat eine Referat über das Jugendwohlfahrtsproblem. Frau Dr. Eva Moritz sprach zur Frage der Mittelschichtgesetzgebung. Zu dem Parteitag sind in München vom führenden Persönlichkeiten der Partei bisher eingetroffen Staatsminister a. D. Bergt und Graf Bethau, Staatsminister a. D. Pfeifferich wird heute in München ankommen.

Wilhelms III. war erklert worden und mit roten Fahnen verziehen.

Um 4 1/2 Uhr verkündeten Konfarenklänge den Beginn der Reden. Von etwa 40 Stellen in Lustgarten und auf dem Schlossplatz wurde gleichzeitig gesprochen. Der frühere preussische Ministerpräsident Otto Braun, der von der Freitreppe des Alten Museums redete, sprach von den (nachbeladenen) Hohenzollern (1) und erging sich dann in Ausführungen gegen Ludendorff und Döberlein, während er Erzberger pries. Weitere Angriffe richtete er dann auf Bayern und die deutschen Richter.

Vielleicht ist der Mörder Erzbergers jetzt ruhig und unbefehligt in dem Saale, dessen staatliche Organe gegen die Nordhubs nicht mit der erforderlichen Strenge vorgehen.

Dem Gerichtshof habe ein deutsches Gericht ideale Gesinnung attestiert und ihn sogar zu Radtouren beurlaubt. (Stürmische Proteste.) Darf man sich wundern, wenn solches Verhalten der Justiz die Mörder nicht abschreckt? Die Schiffe in Griesbach seien gegen die Republik und gegen die Demokratie gerichtet. Die Justiz dürfe nicht mehr der alte Schlußwinkel der Reaktion sein. Die Mitglieder der Nordpartei (1) müßten jetzt aus den einflussreichen Stellen verschwinden. Es müßte ein großes Meinmachen angehen. Die Regierung in Preußen müsse endlich unabhängig von den Mörderpartei werden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß Reichskanzler Wirth im Reiche mit den Sozialdemokraten und daß in Preußen der Ministerpräsident Stegerwald zusammen mit den Mörderpartei regiere. Wenn die Herren von rechts die freie Luft der Republik nicht vertragen könnten, so müßten sie die Faust der Republik verführen. (Stürmische Bravorufe.)

Dittmann von den Unabhängigen, der von der Freitreppe des Domes sprach, behauptete, daß

in Deutschland eine Mörderzentrale (1)

bestehe, die ihren Sitz in München habe, von wo aus die ganze Hehe gegen die Republik ausgehe. Mit der Ermordung Erzbergers habe die Reaktion in der Regierung, die zurzeit mit Ausarbeitung der neuen Verfassung, durch die der Kapitalismus betroffen würde, beschäftigt sei, Verwirrung anrichten wollen, um so die Republik zu stürzen und die Steuerlasten auf die Arbeiter abzumägen. (1) Mit der jetzigen Justiz müsse aufgeräumt werden, da sie mit der Mörderzentrale in Verbindung stehe.

Nach den Ansprachen setzten sich die Züge allmählich in Bewegung und marschierten zu den Sammelplätzen zurück. Die Auflösung ging in Ruhe von statten, wozu auch der einsetzende Regen das seinige beitrug.

Eine Kundgebung aus deutschen Richterkreisen.

Essen, 31. August. Die Essener Richter-Vereinigung hat an den Reichskanzler, den Reichsjustizminister und an das preussische Staatsministerium folgende Kundgebung gerichtet: In einem gewissen Teile der politischen Presse wird die Ermordung Erzbergers mit der Handhabung der deutschen Rechtspflege durch die Richter in Zusammenhang gebracht. Es wird versucht, der großen Masse des deutschen Volkes einzureden, daß dieser Mord aus nicht geringen Teilen die Folge des sogenannten Zweierleimades sei mit der die Straffähigkeit bei politischen Vergehen links- oder rechtsgerichtetem Kreise messe. Wie ist eine schändlichere Lage zur Erreichung eines politischen Programms, Erlaß des Verurteilungsurteils durch das Richteramt, verbreitet worden. Wir sind überzeugt, daß kein deutscher Richter sich anders als von seiner Pflicht leiten lassen wird, die von ihm beschworene Verfassung zu schützen, sowohl gegen alle auf Anarchie abzielenden Bestrebungen, als auch gegen Versuche, ein Stillschließender Gerichtswesen wieder herzustellen. Wir erwarten von der Staatsregierung, die bisher der maßlosen Hebe gegen ein Beamtentum, auf dessen Schultern sie steht, tolerant gegenüber gesehen hat, daß sie nunmehr diesen durch nichts gerechtfertigten Unterhaltungen gegenüber Kreise mit größter Schärfe entgegentritt.

Dittwig von Hirschfelde bleibt vorläufig in Haft.

Berlin, 31. August. Im Anschluß an die Festnahme des ehemaligen Führers v. Hirschfelde ist beim Volksgerichtspräsidenten eine ausführliche Mitteilung des württembergischen Landespolizeiamtes vom 30. d. M. eingegangen, wonach v. Hirschfelde als Mörder Erzbergers nicht in Frage kommt. Die württembergische Kriminalpolizei hat festgestellt, daß v. Hirschfelde sich am Tage der Tat ununterbrochen in Kalmbach, also 35 Kilometer vom Tatort entfernt, aufgehalten hat. Beim Berliner Volksgerichtspräsidenten ist demgegenüber ein von heute datiertes Telegramm der Staatsanwaltschaft Offenburg mit der Bitte eingegangen, v. Hirschfelde weiter in Haft zu behalten, mit dem Bemerkten, daß die Staatsanwaltschaft beim zuständigen bayerischen Amtsgericht den Haftbefehl gegen v. Hirschfelde beantragen wird. Bei dieser ungeklärten Sachlage wird v. Hirschfelde vorläufig im Berliner Volksgerichtspräsidentium weiter festgehalten. (W. Z. B.)

Deutschland muß zahlen.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.) Genf, 31. August. „Echo de Paris“ meldet, daß bis 1. August für die Zwecke des Wiederaufbaues der von den Deutschen zerstörten Gebiete von Frankreich zu zahlen der deutschen Reparationsleistungen 64 Milliarden Goldmark ausgegeben worden waren.

Genf, 31. August. Deutschland hat bereits heute die für morgen fälligen Reparationszahlungen im Betrage von 68 Millionen Dollars durch seinen hiesigen Vertreter bezahlen lassen. (W. Z. B.)

Ententeanspruch gegen die Vorgänge im Burgenland.

Wien, 31. August. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest meldet, hat die Internationalisierte Generalkommission in Budapest gegen die Vorkommnisse in Westungarn, sowie gegen die Haltung der ungarischen Regierung Einspruch erhoben. — Der gestrige Ministerrat hat beschloffen, Telle der österreichischen Reichswehr zur Unterstützung der Gendarmerie in Westungarn marschieren zu lassen. (W. Z. B.)

Ständrecht über Oedenburg.

(Eigene Meldung.) Wien, 31. August. Die Lage in Oedenburg verschlechtert sich von Stunde zu Stunde. Alle Männer unter 50 Jahren flüchten ansehnlich der Zwangsrekrutierung an. Die Insurgenten requirieren die Autos der Entente-Kommission. Aber Aufreiter wird immer selbstbewußter. Die Bandenführer schleppen alle maßgebenden Männer mit. Der Kommandant der Insurgenten, Major Oedenburg, hat versichert, er werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. Weiter hat er einen großen Umlauf mit Fahnen und Musik durch Oedenburg veranstaltet. Die gefangenen österreichischen Soldaten werden mißhandelt. Ueber Oedenburg ist das Ständrecht verhängt worden.

Ungarischer Einsatz in Stiermark.

Graz, 31. August. Vormittags drangen ungarische Freischärler bei Hohenbrunn in Distriktsort ein, wurden aber sofort zurückgetrieben. (W. Z. B.)

Unterzeichnung des amerikanisch-ungarischen Friedens. Budapest, 31. August. Gestern nachmittags ist der Friedensvertrag zwischen Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika unterzeichnet worden. (W. Z. B.)

men zugunsten Deutschlands, ohne allerdings durchdringen und eine Wandlung des Vertrauens herbeiführen zu können. Der Grund dafür, so führt der Verfasser aus, liegt darin, daß durch feindliche Kriegspropaganda die Heberzeugung von der deutschen Kriegsschuld der Welt in Reich und Blut übererzogen ist. Nur die Klugheit in Deutschlands alleinstimmige Schuld am Kriege grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrauens errichtet ist, und wenn diese Anerkennung verweigert oder angezweifelt wird, so ist der Vertrauensfundament zerstört. So hatte Wood George auf der Vondener Konferenz in erregtem Tone dem deutschen Außenminister angedeutet und damit, ohne es zu wollen, die verordnete Stelle des Babelturmes von Versailles gewiesen. Wenn diese Stelle, den Angelpunkt und Kernpunkt des ganzen Vertrauens, will Prinz Max von Baden vornehmlich seine moralische Offenheit rücken. Er empfiehlt an diesem Zwecke die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft, die mit der notwendigen Autorität im Inlande und im Auslande, getragen von der gleichen ethischen Grundrichtung ihrer Mitglieder und geleitet nach einem einheitlichen strategischen Plan, den Kampf zur Wiederaufrichtung unseres guten Namens führt. Der strategische Plan soll folgende drei Anstaltsziele umfassen: 1. Die Wilschuld der Entente am Ausbruch des Kriege vor die öffentliche Meinung der Welt, insbesondere aber der feindlichen Völker, überausend hinzuwirken. 2. Die ungeheure Wilschuld der Entente an der Führung des Kriege deutlich zu machen. 3. Das deutsche Wort wieder in der Welt zu Ehren zu bringen. Als Mittel zur Erreichung der ersten beiden Ziele sieht der Prinz den „Druck der öffentlichen Meinung“, für das dritte die „Restruktion des Propagandanebels der Entente“ und die „Rückführung der vorhandenen Aufklärungsgänge gegen Deutschland auf ein normales Maß.

Man könnte den hier nur kurzskizziert angedeuteten Offensivplan, denen, wie schon ein wertvoller Kern innewohnt, rechtlos annehmen, wenn sie nicht zwei Mängel aufweisen, die die Verwirklichung des Gesamtzweckes lebhaft in Frage stellen. An erster Stelle kommt hier die in der Schrift über die übertriebene Unterbreitung der Einsicht in eine deutsche Kriegsschuld in Betracht. Es braucht und kann im Rahmen dieser Ausführungen nicht darüber erörtert zu werden, inwiefern und in welchem Ausmaße eine solche vorhanden ist. Nur das ist amn sicher, daß wir, wo wir doch praktische Politik treiben und keinem positiven Ziele der wilschuldigen Revision des Vertrauens nähern wollen, mit einem selbstverständlichen Einsichtensziel absolut nicht erwerbenden Schuld Deutschlands am Weltkriege der Entente gegenüber in die Hände arbeiten. Man denke an die Männer vom Schlage Briand und Wood George, wie sie erleichtert aufstehen würden, wenn Deutschland in seiner Gesamtheit eine „Zeitschuld“, die natürlich sofort zur alleinigen Schuld umgewandelt würde, anerkennt. Sie würden sich hüten, überreits auf sich selbst als die Wilschuldigen zu weisen und den Grundpfeiler ihres Vertrauenswerkes zu untergraben. Auf ein Reichlein um das „Wehr oder Denker“ der Schuld kann es nicht ankommen, und wenn es, wie der Prinz erwahnt, unter der Leitung einer neutralen Kommission geschieht. Die einzige Aufgabe, die auf diesem Gebiete ihrer Pflicht durch unsere Kraft harzt, ist die Beseitigung des literarischen Schuldnebels, in das man Deutschland verstrickt hat.

Der zweite Mangel, den die Pläne des Prinzen Max von Baden enthalten, beruht darin, daß sie für die Aufgabe, die er mit ihnen verfolgt, zu eng gehalten sind. Sollte es möglich sein, so fragt man sich unwillkürlich, allein durch die Bekämpfung der Kriegsschuldliche. Den Friedensvertrag nicht nur juristisch und logisch, sondern vor allen Dingen ihn praktisch zu empfinden, d. h. die allgemeine Wilschuld, die heute noch die Verfassung und Ausbeutung der deutschen Nation bei den allierten Völkern findet, zu verdrängen? Sollte es möglich sein, die wirtschaftlichen Anwesenheitsmaßnahmen, die uns zu erwischen drohen, durch eine Überstratifikation der Kriegsschuldliche gleichfalls außer Kraft zu setzen? Möglicherweise könnte man sich vorstellen, daß der praktische Plan des Prinzen Max von Baden dazu ausreicht, die Entente in einer Revision der Schuldparagrafen zu bewegen; sie aber davon zu überzeugen, daß mit der Kriegsschuldliche der ganze Vertrag bis zur letzten seiner Bestimmungen und Konventionen zusammenbrechen und unwirksam werden müßte; das dürfte denn doch wohl trotz aller schönen Worte Wood George, auf die man sich berufen könnte, eine verfehlte Hoffnung sein. Der Erreichung dieses Zieles müßten darum neben der moralischen Offensive noch andere Mittel und Wege dienlich gemacht werden. Vor allem müßte von einer unabhängigen Stelle — warum soll nicht Max von Baden die Regierung und ihre Vertreter dazu außer Dienst lassen? — unter Beratung aller Botschaften der zahnmächtigen Mächte und ihre Bemerkungen errechnet und der Entente angeboten werden, daß die Milliardenforderungen des Ultimatum ein unberechtigtes, nie erfüllbares Unrecht sind. Und was müßte diese Bemerkungen nicht auf sich vorwerfen lassen und noch redensicher vor dem bereits von aller Welt erwarteten unabhängigen und endgültigen Wirtschaftsausschussbruch erfolgen. Vor wenigen Tagen hat der „Temps“ bei seiner Auseinandersetzung mit Kennes erkennen lassen, daß er bereits mit Deutschlands Zahlungsunfähigkeit im Anfang des nächsten Jahres rechnet. Gibt es einen schlüssigen Beweis für die Torheit der Ententeforderungen, als diese Stimme aus dem Zentrum des europäischen Saates? Hier müßte die Parallellaktion der moralischen Offensive, die Darlegung der verbischnisvollen Wirkungen der wirtschaftlichen Forderungen einleiten.

Nur dann, wenn eine Verbindung dieser beiden gegen den Verfall des Vertrauens gerichteten Bewegungen die die Kriegsschuldliche und die Unmöglichkeit der Wiederherstellung der Bestimmungen zum Ziele haben, vorgenommen wird und wenn beide unverzüglich in gleicher Weise gefördert und betrieben werden, läßt sich ein Erfolg für das deutsche Volk erwarten, der es endlich befreit aus den Ketten seiner sittlichen und wirtschaftlichen Not. Voraussetzungen dafür bleibt, daß es anständig, sich in unheimlicher Weise selbst zu verfechten und innerlich zu bekämpfen, und daß es der Einsicht zugänglich wird, wo die wahrhaft Schuldigen an seiner Not zu suchen sind.

Die Steuerungszulagen.

Die neuen Vorlagen über die Auszahlung der Steuerungszulagen an die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs und Preußens werden am kommenden Donnerstag verabschiedet und sofort in Kraft treten. Die Auszahlungen erfolgen im Laufe des September. Dementsprechende Vorlagen sind dem Reichsrat und dem ständigen Ausschusse des Landtages als Notverordnungen zugegangen.

Berlin, 31. August. Die Preßekommission der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände teilt mit, daß sich die Organisationen mit Rücksicht auf die Haltung der Beamten, Angestellten und Arbeiter trotz schwerwiegender Bedenken nach schwierigen und harten Auseinandersetzungen gezwungen haben, das bei den jetzigen Verhandlungen über eine Einkommensberichtigung erzielte Ergebnis anzunehmen. Es sei aber den Vertretern des Reichsfinanzministeriums gegenüber verlangt worden, daß die Regierung zusammen mit den Organisationen unverzüglich die Weiterberatung der grundsätzlichen Fragen forsetze, um so eine gerechte Basis zu schaffen, auf der in Zukunft eine befriedigende Regelung der Lohn- und Gehaltsfragen ermöglicht werde. Mit dem Reichsfinanzministerium sei vereinbart worden, daß die noch offenstehenden Einzelfragen der jetzigen Regelung durch sofortige Aufnahme von Spezialverhandlungen geklärt und erledigt werden sollen. (W. Z. B.)

Ein Streik um die Kaiserbilder.

Böln, 31. August. In der Kreisversammlung des Landkreises Böln hatten die Mehrheitssozialisten den Antrag eingebracht, der Kreisrat solle beschließen, daß die im Kreishaus noch vorhandenen Kaiserbilder zu ent-